



HESSISCHER LANDTAG

03. 05. 2017

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend hessische Wirtschaft floriert - Landesregierung sorgt für gute Rahmenbedingungen und eröffnet Zukunftsperspektiven

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die solide Leistung der hessischen Wirtschaft sowie die positiven Rahmenbedingungen wirken sich günstig auf die Stabilität und die Entwicklung des hessischen Arbeitsmarktes aus. Im Durchschnitt des Jahres 2016 lag die Arbeitslosenquote bei lediglich 5,3 % - im April 2017 konnte eine Quote von 5,1 % vermerkt werden. Der Landtag betont, dass es sich hierbei um den niedrigsten Stand in einem April seit 26 Jahren handelt. Mit einer Arbeitslosenquote von nur 3,0 % kann der Landkreis Fulda sogar weiterhin nahezu Vollbeschäftigung vermelden.
2. Dank der insgesamt guten konjunkturellen Lage, der richtigen Gestaltung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung ist das Land gut aufgestellt. Dies gilt trotz einzelner, für den Standort Hessen nachteiliger unternehmerischer Entscheidungen wie bei der Mundipharma AG, deren Ursachen in der Geschäftspolitik der jeweiligen Eigentümer liegen. Auch für die nächsten Monate bestehen jedoch laut der Regionaldirektion Hessen aufgrund konstanter Stellenzugänge, wachsender Beschäftigtenzahlen, sinkender Arbeitslosigkeit, positiver Konjunkturprognosen und der guten Geschäftserwartungen der Unternehmen große Chancen auf eine weiterhin stabile wirtschaftliche Lage und einen robusten, aufnahmefähigen Arbeitsmarkt.
3. Die sich hieraus ergebenden Fortschritte bei der Entwicklung der Beschäftigung sind aus Sicht des Landtages ebenfalls eindrucksvoll: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überstieg im vergangenen Jahr erstmalig in der Landesgeschichte die Grenze von 2,5 Mio. Auch die Zahl der Erwerbstätigen erreichte 2016 mit durchschnittlich 3,37 Mio. eine historische Höchstmarke. 2016 konnten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen das vierte Jahr in Folge einen realen Kaufkraftzuwachs verzeichnen. Ihre Produktivität (BIP je Erwerbstätigen) liegt weiterhin in der Spitzengruppe der Länder in Deutschland.
4. Der Landtag hebt hervor, dass sich nach den Prognosen diese Entwicklung auch im laufenden Jahr 2017 fortsetzen wird. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit geht von einem weiteren Anstieg der Beschäftigung und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit in Hessen aus. Das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK) in Frankfurt a.M. prognostiziert aufgrund einer Betriebsbefragung, dass die Gesamtbeschäftigung in der Region Rhein-Main bis Ende 2017 voraussichtlich um 1,9 % steigen wird, was einem Zuwachs von rund 40.000 Beschäftigten entspricht. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten soll sich mit 2 % ähnlich stark erhöhen. Derzeit können im Übrigen in Hessen etwa 50.600 offene Stellen verzeichnet werden, rund 5,6 % mehr als vor einem Jahr.
5. Der Landtag unterstreicht, dass laut der im Auftrag der IHK Frankfurt a.M. erarbeiteten Studie "Das Netzwerk Industrie in der Region FrankfurtRheinMain" die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe seit 2008 zwar stagnierte, im Zeitraum 2008 bis 2015 die Gesamtbeschäftigung im Netzwerk Industrie in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main jedoch um 7 % anwuchs. Nach Angaben der Hessen Agentur beliefen sich die Bruttoanlageinvestitionen der Industriebetriebe in Hessen 2015 auf knapp 3,8 Mrd. €, was einem deutlichen Anstieg um 8 % im Vergleich zu 2014 entspricht. Das im Rahmen der Industriepflicht-Initiative Hessen ausgearbeitete Leitbild gilt auch nach Beendigung der Initiative weiter fort. Verschiedene Initiativen dienen der Vernetzung von Kompetenzen

und der Zusammenarbeit von Industrie-Unternehmen, z.B. die "Initiative Gesundheitsindustrie Hessen (IGH)", das "House of Pharma & Healthcare (HoPH)", das "House of Logistics & Mobility (HOLM)" u.a. Das bundesweit einmalige Landesforschungsprogramm LOEWE mit einem Gesamtvolumen von bislang 671 Mio. € im Zeitraum von 2008 bis 2016 und von 58 Mio. € in diesem Jahr kommt insbesondere durch die LOEWE-KMU-Verbundvorhaben auch den Forschungsaktivitäten der Industrie zugute.

6. Die Fachkräftesicherung ist originäre Aufgabe der Wirtschaft. Der Landtag betont in diesem Zusammenhang, dass sich die Landesregierung bereits seit mehreren Jahren gemeinsam mit den Arbeits- und Ausbildungsmarktpartnern durch eine abgestimmte Strategie und mit einer Vielzahl von Instrumenten, u.a. zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder für die Weiterbildung von Beschäftigten, für gute Rahmenbedingungen zur Deckung der Nachfrage nach Fachkräften einsetzt. Die Stabsstelle "Fachkräftesicherung in Hessen" koordiniert seit 2014 diese Aufgaben, fungiert als zentrale Anlaufstelle in Fragen der Fachkräftesicherung, wirkt als Impulsgeberin und unterstützt den Fachkräftedialog und die Vernetzung in Hessen.
7. Der Landtag stellt fest, dass sich die Landesregierung engagiert um den Zustand der Straßen kümmert und die Mittel für Planung, Sanierung und Bau von Straßen in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockt wurden. So wurden die Planungs- und Bauabwicklungsmittel im Landeshaushalt von 33,5 Mio. € in den Jahren 2013 und 2014 auf 40 Mio. € im Jahr 2015, 47 Mio. € im Jahr 2016 und 54 Mio. € im laufenden Jahr konsequent gesteigert. Für das nächste Jahr ist eine weitere Erhöhung auf 65 Mio. € beabsichtigt. Damit wird ebenso einer etwaigen Rückgabe von Bundesmitteln durch fehlende Planungen vorgebeugt. Auch die Baumittel für den Landstraßenbau wurden von real verfügbaren 90 Mio. € auf 99 Mio. € verstärkt. Die Rekordinvestitionen der letzten Jahre in Sanierung, Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur von Bund und Land, die Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für den ÖPNV in Hessen sowie der bedarfsgerechte Ausbau von Schienenwegen tragen dazu bei, nicht nur den Engpässen auf Verkehrswegen durch den Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main zu begegnen, sondern auch die hessische Verkehrsinfrastruktur insgesamt zu stärken.
8. Der Landtag betont zudem, dass die im vergangenen Jahr erfolgte Nichtverausgabung von Bundesmitteln u.a. auf den massiven Aufwuchs im Bundeshaushalt zurückzuführen ist, mit welchem die Planungskapazitäten in vielen Ländern nicht Schritt gehalten haben. Hinzu kommen externe Faktoren, wie z.B. unvorhergesehenes Niedrigwasser an der Schiersteiner Brücke. Schließlich müssen viele Sanierungs- und Ausbauprojekte unter Verkehr abgewickelt werden, was im ohnehin schon hochbelasteten hessischen Netz - insbesondere im Rhein-Main-Gebiet - zu Problemen führt. Es ist daher immer abzuwägen, wie die Maßnahmen im Interesse des Verkehrsflusses zeitlich günstig angeordnet werden, auch wenn dies bedeuten kann, dass Teile (und damit auch deren Abrechnung) ins folgende Haushaltsjahr verschoben werden. Allerdings bleibt festzuhalten, dass in den Jahren 2015 und 2016 Rekordsummen vor allem in Sanierung und Erhalt geflossen sind.
9. Der Landtag stellt fest, dass die Strategie "Digitales Hessen" der Landesregierung mit einem umfassenden Konzept dafür sorgt, dass sowohl die hessische Wirtschaft als auch die Gesellschaft von den verschiedenen Aspekten des technologischen Wandels und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur profitieren können. Die Strategie wurde im Dialog mit über 500 Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik entwickelt. Sie verfolgt u.a. die Ziele, im Bildungswesen Schüler, Auszubildende, Studierende und Beschäftigte bestmöglich auf die Digitalisierung vorzubereiten, die Verwaltung durch Digitalisierung bürgerfreundlicher, schneller und effizienter zu machen sowie Hochschulen und Forschungsinstitute zu stärken und kleinere und mittlere Unternehmen bei der schrittweisen Migration in Richtung Industrie 4.0 zu unterstützen. Die Versorgung Hessens mit flächendeckenden Internetanschlüssen von mindestens 50 MBit/s soll bis Ende 2018 sichergestellt werden; Hessen ist hier inzwischen Teil des Spitzentrios der Flächenländer. Bis zum Jahr 2020 wird die Versorgung von 60 % der Haushalte mit bis zu 400 MBit/s erwartet. Industrie, Handel, Dienstleistungen, Finanzbranche und Handwerk werden bei der digitalen Transformation beraten und unterstützt, um ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.
10. Internationalität, hohe Innovationskraft in Wirtschaft und Wissenschaft sowie hohe Lebensqualität sind im weltweiten Wettbewerb ebenfalls wichtige Standortfaktoren, welche für Hessen sprechen. So haben sich im vergangenen Jahr 163 Unternehmen aus aller Welt mit aktiver Unterstützung der Wirtschaftsförderung neu in Hessen angesiedelt oder bestehende Investitionen erweitert - nochmals 7 mehr als im bisherigen Spitzenjahr 2015. Wichtigstes Herkunftsland war erstmalig die Volksrepublik China (44 Ansiedlungen), gefolgt von der USA (20) sowie Japan und Indien (je 7). Unter anderem hat Indiens größter Industrieverband, die "Confederation of Indian Industry (CII)", sein Deutschlandbüro in

Frankfurt a.M. eröffnet. In die Gegenrichtung belaufen sich die Direktinvestitionen Hessens im Ausland je Erwerbstätigen auf rund 52.200 € (2014). Damit liegt Hessen an der Spitze der Bundesländer. Insgesamt beliefen sich die Direktinvestitionen Hessens im Ausland (aktive Direktinvestitionen) zum Jahresende 2014 auf 172,6 Mrd. €.

11. Innovationen, technischer Fortschritt und damit verbundene globale Wettbewerbsfähigkeit sind für ein rohstoffarmes und exportorientiertes Land wie Deutschland von zentraler Bedeutung. Gerade innovative Gründer finden in Hessen eine hervorragende Infrastruktur, da Kapital und Unternehmergeist sowie die Suche nach Chancen auf eine hohe Dichte an Bildungs- und Forschungseinrichtungen treffen. Der Landtag unterstreicht, dass laut KfW-Gründungsmonitor Hessen im vergangenen Jahr Gründerland Nr. 1 unter den Flächenländer war und sogar das Trio der Stadtstaaten erreichte: So verbesserte sich Hessen bei der Gründungstätigkeit auf Rang 3 unter den Ländern. Hessen habe sich damit von einem neunten Platz im Beobachtungszeitraum 2008 bis 2010 kommend fast jährlich in der Rangliste nach vorne geschoben.
12. Der Landtag hebt hervor, dass die Rhein-Main-Region mit Frankfurt a.M. als führendem Finanzplatz Kontinentaleuropas beste Rahmenbedingungen sowohl für etablierte Finanzdienstleister als auch für Unternehmensgründungen und Fintechs bietet. Das neu geschaffene "Tech Quartier" stellt nicht nur attraktive Büro- und Arbeitsflächen für Gründerinnen und Gründer zur Verfügung, sondern ist zugleich eine zentrale Anlaufstelle für Delegationen und Investoren, Hinzu kommen forschungsstarke Hochschulen wie die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität mit dem "House of Finance" sowie die TU Darmstadt, innovative IT-Firmen und leistungsstarke Internetanbindungen. Die Kombination dieser für digitale Technologien günstigen Standortfaktoren bietet in Verbindung mit in Hessen traditionell starken Bereichen wie Mobilität oder Logistik große Potenziale. Der Landtag stellt fest, dass "FrankfurtRheinMain 2017" erstmals im "Global Startup Ecosystem Survey" zu den 55 weltweit bedeutendsten Startup-Standorten gehört, und begrüßt in diesem Zusammenhang auch, dass die Bundesregierung Frankfurt a.M. als einen von derzeit deutschlandweit fünf Knotenpunkten der Digitalisierung ("Digital Hubs") benannt hat.
13. Der Landtag unterstützt den durch die Landesregierung vorgelegten "Integrierten Klimaschutzplan Hessen 2025" und die darin beschriebenen Maßnahmen zur Reduzierung des Treibhausgasausstoßes und zur Anpassung an den Klimawandel. Er ist überzeugt, dass die Maßnahmen geeignet sind, den Ausstoß schädlicher Klimagase deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die wirtschaftliche Stärke Hessens zu wahren und der Wirtschaft neue Chancen zu eröffnen. Er betont, dass der Klimaschutzplan in einem transparenten und partizipativen Prozess erarbeitet wurde, an dem u.a. Kommunen, Verbände aus Umwelt, Wirtschaft und Landwirtschaft, die Wissenschaft sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen beteiligt waren.
14. Der Landtag betont, dass die hessische Klima- und Energiepolitik auch im Kontext der nationalen und europäischen Rahmenbedingungen betrachtet werden muss. Er nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass die Bundesregierung mit ihrer Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes 2017 u.a. das Ziel verfolgt, den Anstieg der Strompreise zu dämpfen. Der Landtag stellt des Weiteren fest, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien keinesfalls im Widerspruch zu einer kostengünstigen Energieversorgung steht. Vielmehr sorgen der Atomausstieg wie auch die Verminderung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern für eine nachhaltige Reduzierung von Risiken und Abhängigkeiten gegenüber weltwirtschaftlichen Verwerfungen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 3. Mai 2017

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Dorn